

>

dowas
Jahresbericht

2014

www.dowas.at
6900 Bregenz, Merbodgasse 10
Tel. 05574/90902
Spenden: Sparkasse Bregenz
IBAN AT 35 20 601 000 000 18 036

INHALT

- 1 Vorwort Jahresbericht 2014 (Vorsitzende)
- 2 Geschäftsführung
- 6 Von Spenden und Theater
- 8 Betreutes Wohnen
- 12 Ambulante Beratung (Mindestsicherung)
- 14 Grundversorgung
- 16 Betriebliche Sozialarbeit für integra
- 17 integra
- Innenseite Umschlag Kontakt

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder und *dowas*-UnterstützerInnen!**

2014 war ein Jahr mit vielen Veränderungen. Im *dowas* gab es einen **Wechsel im Vorstand**, der nicht nur eine Reihe neuer Gesichter mit sich brachte, sondern auch mehr engagierte Vorstandsmitglieder: Neben mir als Vorsitzendem gehören dem neuen Vorstand an: **Roswitha Steger** (Stellvertretende Vorsitzende), **Claudia Sohm** (Finanzreferentin), **Gertraud Bösch**, **Astrid Drexel**, **Silvia Hartmann** und **Hans Reikerdorfer**. Man spürt einen frischen Wind in der Vorstandsetage und es gibt wirklich viel zu tun: So ist z.B. der wegen der wachsenden KlientInnenzahl zunehmend drängender werdende Umzug in neue, größere Räumlichkeiten immer noch in der Schwebelage und wurde zur arbeitsintensiven Hängepartie. Der Vorstand arbeitet gemeinsam mit der Geschäftsführung daran, dass 2015 endlich eine tragfähige Entscheidung fällt.



peter.niedermaier@dowas.at

VORWORT DES VORSITZENDEN

Zudem wurde 2014 ein **Beirat** gegründet, der den Verein insgesamt, speziell den Vorstand und die Geschäftsführung, beraten und unterstützen soll. Es war ein langes Ansinnen von *dowas*, sich wieder mehr Unterstützung und Know How von außen zu holen, und das ist nun gelungen – auch wenn die Form eine etwas andere ist, als das in den Anfangszeiten von *dowas* der Fall war. Ein Verein wie *dowas* braucht Critical Friends, mit großem F.

Es gab aber auch Wechsel außerhalb des *dowas*, die nicht zu unterschätzende Auswirkungen auch auf den Verein haben werden: Mit der neuen Landesregierung und der **neuen Landesrätin für Soziales**, Katharina Wiesflecker, dürften sich auch die sozialpolitischen Akzente im Lande verschieben. Wir hoffen vor allem, dass die Sozialpolitik einen neuen Stellenwert gewinnt und die sozialpolitische Debatte im Lande eine neue Qualität. Gerade für mich, der ich seit langem in der Kultur- und Sozialszene des Landes engagiert bin, war es nur schwer nachzuvollziehen, dass über viele Jahre hinweg sozialpolitische Themen in Vorarlberg marginal bzw. nur sehr unterschwellig Teil des öffentlichen, politischen Diskurses waren. Aus Anlass des 30-jährigen *dowas*-Jubiläums vor ein paar Jahren habe ich im Auftrag des damaligen Vorstandes eine Zeitung herausgebracht, die in zahlreichen Innen- und Außenperspektiven die Rolle des *dowas* in der sozialpolitischen Landschaft kritisch darstellt. In Relation zu anderen Akteuren im Land ist das *dowas* ein kleiner Player mit vielen sehr engagierten MitarbeiterInnen vielen UnterstützerInnen. Das *dowas* hat in seiner gesamten Geschichte immer wieder sozialpolitische Fragen sowohl in der praktischen Arbeit angepackt, wie auch öffentlich artikuliert. Es war auch ein Grund, mich als Vorsitzender des Vereins zur Wahl zu stellen, dass gerade das *dowas* laut und unverdrossen immer wieder die sozialpolitische Ruhe gestört hat.

Die Spätfolgen der sozialpolitischen Enthaltensamkeit dürften uns allerdings noch länger erhalten bleiben. Es wird eine Zeit dauern, bis wir – alle Akteure im Land – wieder eine **konstruktive Streitkultur im sozialpolitischen Raum** entwickelt haben, die ein fruchtbares Ringen um unterschiedliche Positionen erlaubt. Da mag es (auch von unserer Seite) die eine oder andere Irritation geben, der man im Sinne der Sache mit Gelassenheit begegnen sollte.

Wir sollten uns aber nicht zu viel Zeit lassen. Momentan ist ein Trend zu einer rein **betriebswirtschaftlichen Sicht auf soziale Leistungen** zu beobachten, der Sorge machen muss. Das mit diesem Trend z.B. einhergehende Bestreben zur Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit von Angeboten mag den Erfordernissen von Verwaltungen Genüge tun, der sozialen Realität entspricht das jedoch nicht: Die ist sehr viel differenzierter und braucht deshalb auch differenzierte Angebote. Und sie braucht manchmal auch eine Flexibilität bei der Gestaltung dieser Angebote, die z.B. mit der Beharrlichkeit von Produktkatalogen nur schwer in Einklang zu bringen ist.

Ich bin mir sicher, dass es in der aufgewachten sozialpolitischen Debatte noch viele Gelegenheiten geben wird, die Stimme zu erheben.

Peter Niedermaier
Vorsitzender



michael.diettrich@dowas.at

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Nur scheinbare Entspannung bei den KlientInnenzahlen – Versäumnisse der Vergangenheit sind heute teuer – sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm (WG) soll geschlossen werden

Betreuungszahlen 2014

In der Gesamtschau stieg die Zahl der von *dowas* betreuten **KlientInnen** 2014 nicht in dem Ausmaß wie in den vorangegangenen Jahren: Die BesucherInnen des niederschweligen Treffpunkt nicht eingerechnet, waren es **963 KlientInnen**, die im Jahresverlauf im **Kontext der Mindestsicherung** und im **Auftrag von *integra*** beraten und betreut wurden. Das sind **4,6 Prozent** mehr als 2013 (921). Dabei ist ein Großteil dieses Zuwachses auf die **Sozialberatungen bei *integra*** zurückzuführen (**plus 20 Prozent**), wo unseren SozialarbeiterInnen vor allem aus *integra*-internen, organisatorischen Gründen mehr Beratungsaufträge als gewohnt erteilt wurden (s. Berichtsteil Betriebliche Sozialarbeit). Bei den über **Mindestsicherung** verrechneten KlientInnen lag der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr sogar nur bei **2,6 Prozent** auf 821 KlientInnen.

von *dowas* betreute KlientInnen (Mindestsicherung & *integra*)

	Anzahl			Veränderung 2014 zu 2013 in %	Veränderung 2014 zu 2008 in %
	2014	2013	2008		
von <i>dowas</i> betreute KlientInnen insgesamt	963	921	660	4,6%	45,9%
davon männlich	630	636	439	4,7%	43,5%
davon weiblich	333	319	221	4,4%	50,7%
über Mindestsicherung betreute KlientInnen	821	800	435	2,6%	88,7%
davon männlich	570	545	336	4,6%	69,6%
davon weiblich	251	255	99	-1,6%	153,5%
über <i>integra</i> betreute KlientInnen	181	151	236	19,9%	-23,3%
davon männlich	84	76	109	10,5%	-22,9%
davon weiblich	97	75	127	29,3%	-23,6%

2

Allerdings signalisieren die Zahlen nur auf den ersten Blick Entspannung. Ungebrochen ist nämlich das Wachstum der im Rahmen der **Mindestsicherung** erbrachten **Leistungen**: In den drei Arbeitsbereichen (Grundversorgung, Beratungsstelle und Betreute Wohnformen) wurden 7,2 Prozent mehr **Beratungsstunden** verrechnet, in der **Notschlafstelle** führte eine markante Steigerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer gar zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der **Nächtigungen** um knapp 16 Prozent (s. den Berichtsteil Grundversorgung). Da aber die Zahl der Betten begrenzt ist und die Notschlafstelle mit durchschnittlich acht BesucherInnen pro Nacht in der meisten Zeit des Jahres voll war, führte eine längere durchschnittliche Aufenthaltsdauer notgedrungen zu einer Reduzierung der BesucherInnenzahl. Insofern war es gerade die andauernde sehr hohe Auslastung in den Arbeitsbereichen mit festgeschriebener Zahl der Betreuungsplätze (Notschlafstelle, ABW und Wohngemeinschaft), die für die vergleichsweise moderaten Steigerungen bei den GesamtklientInnenzahlen verantwortlich zeichnet. In der **Beratungsstelle** hingegen setzte sich der Andrang der vergangenen Jahre ungebrochen fort: Jeweils **11 Prozent mehr KlientInnen** und **Leistungen** waren es hier im Vergleich zum Vorjahr. **Seit 2008 hat sich die Zahl der beratenen KlientInnen verdoppelt** (s. den Berichtsteil Ambulante Beratung Mindestsicherung).

Versäumnisse der Vergangenheit kosten heute viel Geld

Dabei sind so viele KlientInnen wie lange nicht mehr in erster Linie auf der **Suche nach einer leistbaren Wohnung**. Wir schätzen, dass ca. ein Drittel aller KlientInnen in der Beratungsstelle keinerlei sozialarbeiterische Unterstützung bräuchte, wenn sie denn eine Wohnung fänden. Dies ist das Ergebnis der **Sünden der Vergangenheit**, als man viel zu spät realisierte, dass ein **Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus** unumgänglich ist. Ich selbst habe schon zu Beginn meiner Tätigkeit bei *dowas* mehrfach auf einen Ausbau gedrängt – u.a. mit dem Verweis darauf, dass uns ansonsten die **Kosten** in der **Wohnbeihilfe** und der **Mindestsicherung** (damals: Sozialhilfe) über den Kopf wachsen würden (u.a. nachzusehen in Sendungen von Vorarlberg Heute im Oktober 2004 und April 2006). Auch eine **Änderung der Wohnbauförderrichtlinien, gemeindeübergreifende Koordination bei der Vergabe gemeinnütziger Wohnungen** sowie ein Überdenken der **hohen Standards im Wohnbau** hatte ich in diesem Zusammenhang empfohlen. Unterstützung kam seinerzeit von den Oppositionsparteien GRÜNE und SPÖ, wohingegen sich der damalige Landesrat für Wirtschaft (und Wohnbauförderung) Manfred Rein für keines der Anliegen erwärmen konnte und meinte, die Unterstützungsleistungen der Wohnbeihilfe von knapp 14 Millionen Euro (im Jahr 2006) seien ausreichend, um Härten abzufedern. Heute (Stand 2014) liegen die Ausgaben der Wohnbeihilfe bei 28,4 Millionen Euro und die der Mindestsicherung für den Wohnbedarf bei über 5 Millionen Euro.

Erst die neue Landesregierung hat sich dazu durchgerungen, die Bauleistung im gemeinnützigen Wohnbau in den kommenden fünf Jahren von 350 auf 500 Wohnungen pro Jahr zu erhöhen. Das wird allerdings nicht (mehr) reichen. Um den Output zu erhöhen, sollte man den Vorschlag aufgreifen, dass in jeder mit Wohnbaufördermitteln bezuschussten privat errichteten Wohnanlage ein bestimmtes Kontingent der Wohnungen für die gemeinnützige Vergabe zur Verfügung gestellt wird. Auch wenn der Vorschlag von einer Oppositionspartei (SPÖ) kommt: Er ist richtig und es muss nicht immer zehn Jahre dauern, bis man auf begründete Empfehlungen eingeht! Übrigens: Mittlerweile plädiert sogar Manfred Rein (als Präsident der Wirtschaftskammer) für eine Überprüfung der hohen Wohnbaustandards.



Getan hat sich in den letzten Jahren auch etwas bei den **Wohnbauförderrichtlinien**, insbesondere bei den **Wohnbeihilferichtlinien**. Die erfolgten Änderungen der Anspruchskriterien, der Richt- und Fördersätzen sowie die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten waren allerdings weniger 'Wohltaten', als eine unvermeidliche Anpassung an die Entwicklungen bei den Wohnkosten. Einen wichtigen Fortschritt stellen vor allem die jüngst erfolgten Änderungen der **Vergaberichtlinien für gemeinnützige Wohnungen** dar. Die **Stärkung sozialer Kriterien** bei der Wohnungsvergabe ist uneingeschränkt zu begrüßen, auch wenn die Gewichtung der Ortsansässigkeit in der jeweiligen Gemeinde immer noch zu hoch ist. Man darf gespannt sein, wie lange es dauern wird, bis diese Richtlinien in allen Gemeinden des Landes umgesetzt sind.

Immerhin hätten die **Gemeinden** bereits in der Vergangenheit aus eigenem Antrieb handeln, ihre gemeindeeigenen Vergaberichtlinien anpassen und soziale Kriterien für die Vergabe stärker gewichten können. Hätten sie sich zudem in ihrer Gesamtheit früher als geschehen um mehr gemeinnützigen Wohnbau in ihrem Zuständigkeitsbereich bemüht, hätte sich eine erkleckliche Summe bei den von ihnen mitfinanzierten **Ausgaben der Mindestsicherung** sparen lassen. Über 50 Prozent der MindestsicherungsempfängerInnen (und knapp die Hälfte der BezieherInnen von Wohnbeihilfe) wohnen nämlich in Wohnungen des privaten Wohnungsmarktes. Laut Armutsbericht der Landesregierung lag die Differenz der (Median-) Mieten zwischen freiem und gemeinnützigem Wohnungsmarkt bei rund 140 Euro (Stand: 2011/2012). Wäre es gelungen, nur ein Drittel der MindestsicherungsempfängerInnen, die derzeit auf dem freien Wohnungsmarkt wohnen, im gemeinnützigem Wohnbau unterzubringen, käme man auf eine **Kostenersparnis** bei Mindestsicherung und Wohnbeihilfe von gut und gerne **1,5 Millionen Euro**. Wer über „explodierende“ Ausgaben des Sozialfonds klagt und dafür „soziale Wohltaten“ verantwortlich macht, muss sich fragen lassen, welchen Anteil er selbst an der Steigerung dieser Kosten hat.

Sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm soll in Zukunft geschlossen werden

Dieser Anteil ist jedenfalls höher als die Kosten für unser **sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm für junge Heranwachsende** (Wohngemeinschaft in Lauterach), dessen **Schließung aus Kostengründen** im Sozialfonds wohl beschlossene Sache ist. Während man in Wien neuerdings empfiehlt, wohnungslose junge Heranwachsende nicht in großen stationären Wohnheimen unterzubringen, sondern in dezentralen Betreuungsformen bzw. -gruppen, schließt Vorarlberg das einzige Betreuungsangebot dieser Art im Lande! Man wolle die teuren stationären Wohnplätze abbauen und auf mehr ambulante Betreuung setzen, weil diese kostengünstiger sei. Abgesehen davon, dass diese Rechnung vielleicht für den Pflegebereich aufgeht, keines Falls aber für die Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg: Auf diese Strategie setzt man aktuell nicht nur in der Wohnungslosenhilfe, sondern auch in der Sozialpsychiatrie, zudem suchen wir händeringend nach Wohnungen für AsylbewerberInnen und anerkannte Konventionsflüchtling. Woher, bitte, sollen die Wohnungen für die ambulante Betreuung denn kommen?



Notfalls müsse man die bisher in der Wohngemeinschaft von *dowas* betreuten Heranwachsenden eben doch in einem der großen stationären Wohnheimen unterbringen, heißt es aus dem Amt der Landesregierung. Das wäre dann allerdings doch nicht der beabsichtigte Abbau stationärer Plätze, sondern lediglich das Umschichten von einem Topf in einen anderen. Zudem sind die stationären Häuser schon seit längerem mehr als gut gefüllt, so dass es letztlich auf eine Unterbringung der Heranwachsenden in den Notschlafstellen hinauslaufen könnte. Das wäre dann die mit Abstand teuerste Variante.

Ich wage die Prognose, dass in zehn Jahren irgendjemand auf die Idee kommen wird, man brauche dringend eine Auffanggruppe für wohnungslose junge Heranwachsende mit besonderen Schwierigkeiten. Vielleicht sogar schon früher: Was soll mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschehen (für die man derzeit spezielle Wohngruppen im Rahmen der Jugendwohlfahrt aufbaut), wenn sie volljährig sind und aus dem Jugendhilfesystem herausfallen, aber trotzdem noch Betreuung brauchen? Sie könnten z.B. in unserer Wohngemeinschaft mit sozialpädagogischer Betreuung aufgefangen werden – wenn man die nicht gerade schließen würde. Viel vorausschauender als vor zehn Jahren beim Thema gemeinnütziger Wohnbau scheinen die sozialpolitischen Planungen jedenfalls nicht geworden sein. Und das Ergebnis wird auch nicht viel anders aussehen ...

Michael Dietrich
Geschäftsführer

VON SPENDEN UND WAS DARAUS WURDE

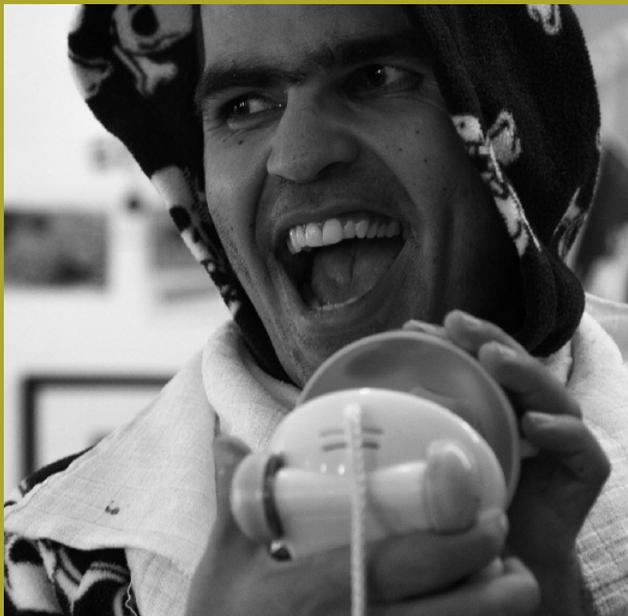
Für die Unterstützung unserer Arbeit durch Spenden im Jahr 2014 danken wir

- Irmgard Barbisch
- Markus Domenig
- Wolfgang Faigle
- Werner Fetz
- Helmut Ghesla
- Lydia Obrist
- Margot Sabo
- Roswitha Wiltschi und der
- Evangelischen Pfarrgemeinde Bregenz

Verwendung fanden die Spenden u.a. als Beitrag zum **warmen Mittagessen für unsere KlientInnen im Treffpunkt** sowie bei den **finanziellen Sonderunterstützungen**, die wir unseren KlientInnen in **Notsituationen** anbieten und deren Zahl im vergangenen Jahr gewachsen ist.

Zudem haben wir mit Rückgriff auf Spenden im letzten Jahr auch unsere **Kabarett-Gruppe** fortgeführt, die wir bereits im Jahresbericht 2013 ausführlich beschrieben haben. Unter Anleitung der Theaterpädagogin Natalie Levay und unseres Mitarbeiters Daniel Mikula entwickelten KlientInnen auch diesmal wieder Handlung und Texte eines kurzen Kabarets, das sie auf der Theaternacht in Bizau aufführten. Nachfolgend einige Fotos von dieser Arbeit.





BETREUTES WOHNEN

Sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm (Wohngemeinschaft) An der Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und Sozialpsychiatrie – Betreuungsprogramm gefährdet

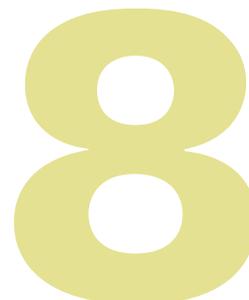
In unserem sozialpädagogischen Intensivwohnprogramm in Lauterach wurden 2014 zwei KlientInnen mehr als im Vorjahr betreut, dadurch stieg auch die Zahl der Betreuungstage. 11 der insgesamt 15 KlientInnen waren **Haftentlassene**. Das **Durchschnittsalter** lag entsprechend der Zielgruppe (junge, wohnungslose Heranwachsende) bei **26,6 Jahre**. Von den 10 abgeschlossenen KlientInnen gingen vier in ein reguläres Wohnverhältnis, einer ins Bundesheer. Es gab fünf vorzeitige Abbrüche, die sich in der Folge auf prekäre Wohnsituationen verteilten (eingerechnet zwei Vermittlungen in andere stationäre Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe).

Statistik Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft)

stationäre Aufenthalte	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Aufenthalte insgesamt	15	13	2.057	1.740	137,1	133,8
davon männliche Klienten	14	13	1.809	1.740	129,2	133,8
davon weibliche Klientinnen	1	0	248	0	248,0	0
davon KlientInnen mit Bewährungshilfe	11	8	1.087	871	98,8	108,9
Durchschnittsalter in Jahren	26,6	24,9				

von den 2014 abgeschlossenen KlientInnen	gingen in
eigene Wohnung	2
Wohnung PartnerIn/Bekannte	2
Bundesheer	1
andere stationäre Wohnbetreuung	2
inoffizielles Mitwohnen	2
NOST <i>dowas</i>	1
Abschlüsse insgesamt	10
davon vorzeitige Abbrüche	5

Letzteres verweist auf das Faktum, dass es sich bei den KlientInnen des Intensivwohnprogrammes um eine **(junge) Klientel mit sehr komplexen Problemlagen** handelt, für die eine ambulante Betreuung sehr aufwändig wäre. Das belegt auch eine **Auswertung der dokumentierten Sozialanamnesen im Zeitraum 2006 bis 2014**, die von uns als Vorbereitung auf eine 2015 geplante Evaluation des Programmes durch die FH Vorarlberg vorgenommen wurde. Der **Altersdurchschnitt** der ausgewerteten **85 KlientInnen** betrug **26,7 Jahre**. Unter dem Aspekt **Suchtproblematik** ergab sich folgendes Bild:



- **20 Prozent** der KlientInnen hatten bei der Aufnahme definitiv eine **Suchtdiagnose** und befanden sich deshalb begleitend zur Betreuung in unserem Intensivwohnprogramm **in einer Suchtbehandlung**.
- Gut **55 Prozent** waren entweder **nach Angaben der KlientInnen** selbst (37 Prozent) oder **nach Eindruck der BetreuerInnen** (19 Prozent) **suchtbelastet**, befanden sich aber **in keiner entsprechenden Behandlung**.
- Nur bei **einem Fünftel** konnte eine **Suchtproblematik** mit hoher Wahrscheinlichkeit **ausgeschlossen** werden.

Im Hinblick auf eine **aktuelle psychische Erkrankung** oder **Beeinträchtigung** lautete das Ergebnis wie folgt:

- **13 Prozent** befanden sich bei Aufnahme in **psychiatrischer oder sozialpsychiatrischer Behandlung**.
- Bei **27 Prozent** lag nach **Selbstauskunft der KlientInnen** (9 Prozent) oder **nach Eindruck der BetreuerInnen** (18 Prozent) eine entsprechende, **unbehandelte Beeinträchtigung** vor. Etwas mehr als **ein Fünftel** wies zudem eine **psychiatrische oder sozialpsychiatrische Behandlung in der Vorgeschichte** (vor Aufnahme in unser Programm) auf. Bei knapp **einem Drittel** lag definitiv eine **Doppeldiagnose** vor oder konnte als sehr wahrscheinlich vermutet werden. Etwas mehr als die Hälfte davon (knapp 18 Prozent) war entweder in Sucht- oder psychiatrischer Behandlung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die **KlientInnen des Intensivwohnprogrammes** augenscheinlich **in hohem Maße durch Suchtprobleme belastet sind und oft zusätzlich zumindest starke Verhaltensauffälligkeiten bzw. psychische Beeinträchtigungen** aufweisen. Zudem ist bei diesen belasteten KlientInnen der Anteil derjenigen, die sich **in keiner entsprechenden Behandlung** befinden, sehr hoch. In Summe sind dies auch die Gründe dafür, warum sie z.B. in anderen stationären Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, aber auch in Einrichtungen der Sozialpsychiatrie nicht aufgenommen wurden.

Die Ergebnisse unserer Auswertung lassen darauf schließen, dass sich unser Intensivwohnprogramm an der **Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und Sozialpsychiatrie** befindet. Es wird offenbar (auch) von **KlientInnen** angenommen, deren **psychische Gesundheit belastet** ist, die **selbst für sich aber keinen (sozial-) psychiatrischen Behandlungsbedarf sehen**. Sie definieren in erster Linie die Wohnungslosigkeit als ihr Problem. Und es wird von KlientInnen angenommen, die wegen ihrer multiplen Belastung **keine Aufnahme in anderen Einrichtungen finden**, da diese Einrichtungen eher eindimensional ausgerichtet sind. Aus dieser Perspektive kann auch nicht die Vermittlung in eine eigene Wohnung das ausschließliche oder primäre Ziel der Betreuung im Intensivwohnprogramm sein, sondern die Stabilisierung und die Weitervermittlung an eine „passende“ Stelle. Angesichts dieser Erfordernisse hat sich in den letzten Jahren auch unser Angebot weiterentwickelt und letztlich stimmt auch die Bezeichnung „Intensivwohnprogramm“ nicht mehr. Diese Bezeichnung ist mehr oder weniger ein Rest des verengten Blickes einer Wohnungsloseneinrichtung, die sich auf das Fehlen einer Wohnung fokussiert.

Entsprechend differenziert sind auch die Abschlüsse der KlientInnen im erhobenen Zeitraum:

Aufnahmen und Abschlüsse von Klientinnen des Intensivwohnprogrammes 2006 bis 2014

Wohnsituation	Aufnahme aus	Abgang in
prekäre Wohnsituation	53,5%	21,4%
darunter Notschlafstelle	26,7%	6,0%
darunter inoffizielles Mitwohnen	22,1%	14,3%
darunter akute Wohnungslosigkeit	3,5%	1,2%
darunter Notwohnung	1,2%	0,0%
reguläre Wohnsituation	16,3%	25,0%
darunter Wohnung Eltern/PartnerIn/Bekannte	14,0%	17,9%
darunter eigene Wohnung	2,3%	7,1%
Betreuung/Behandlung durch andere Einrichtungen	15,1%	32,1%
darunter andere stationäre Wohnbetreuung	5,8%	3,6%
darunter ambulante Wohnbetreuung	4,7%	16,7%
darunter stationäre Therapie/Spital	4,7%	11,9%
sonstiges und unbekannt	15,1%	21,5%

Es wird ersichtlich, dass ganz offenbar Verbesserungen der Wohnsituation bei vielen KlientInnen erreicht und insbesondere das **Leben in prekären Wohnsituationen reduziert** werden konnten. Die Vermittlung in eine eigene Wohnung spielte allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Sehr viel **häufiger** gab es Vermittlungen in **Anschlussbetreuungen** wie **ambulante Wohnbetreuung** oder **stationäre Therapie/Spital**. Da aus diesen Daten aber nicht geschlossen werden kann, ob die jeweilige Vermittlung auch tatsächlich einen nachhaltigen Beitrag zur Weiterentwicklung der KlientInnen geleistet hat, soll im Jahr 2015 bei der **FH Vorarlberg** eine **Evaluation** in Auftrag gegeben werden, wie wir sie schon für unser ambulant betreutes Wohnen haben erstellen lassen. Gefährdet werden diese Evaluation und auch das ganze Angebot durch die vom Auftraggeber (Land/Sozialfonds) geäußerte Absicht, das Programm nicht mehr zu finanzieren. Hauptsächliche Begründung: Es würden zu wenig KlientInnen in eine selbständige Wohnform gebracht und es koste zu viel. In dieser Begründung drückt sich genau die verengte Sicht aus der Perspektive Wohnungslosenhilfe aus, deren Überwindung dieses Betreuungsprogramm auszeichnet – ob mit Erfolg oder ohne, das soll eben die Evaluation der FH ergeben.

Ambulant betreutes Wohnen (ABW und SNW)

Altersdurchschnitt gesunken – angespannter Wohnungsmarkt hält Betreuungsdauer weiter hoch

Die Betreuungszahlen für die ambulanten Wohnbetreuungen einschl. **ABW, Soziales Netzwerk Wohnen (SNW)** und **Notwohnung** lagen 2014 sowohl bei den KlientInnen, als auch bei den Betreuungstagen etwas höher als im Vorjahr, aber im Durchschnitt der letzten Jahre. Dies ist im Wesentlichen darin begründet, dass die Betreuungskapazität durch die vorgegebene Platzzahl begrenzt ist. Auffällig ist allerdings, dass das **Durchschnittsalter** der Betreuten in den letzten Jahren **deutlich gesunken** ist. Lag es 2010 noch bei 44,4 Jahren, waren es 2013 und 2014 nur noch rund **38 Jahre**.

Statistik Ambulante Wohnbetreuung (Notwohnung, ABW/SNW)

	KlientInnen		Betreuungstage	
	2014	2013	2014	2013
Wohnbetreuungen insgesamt	30	28	6.847	6.694
davon für männliche Klienten	24	24	6.134	5.938
davon für weibliche Klientinnen	6	4	713	756
Betreuungen nach Betreuungsform:				
ABW/SNW (bis 3 Jahre Betreuungsperspektive)	26	23	6.267	6.276
Krisen- u. Notwohnung (3 Monate Betreuungsperspektive)	5	5	580	418
Betreuungen nach Aufwand:				
normale Intensität (durchschnittlich 4 Std./Woche)	24	20	5.191	5.181
erhöhte Intensität (durchschnittlich 8 Std./Woche)	10	8	1.656	1.513
Durchschnittsalter in Jahren	38,1	38,2		

10



Bei **Wohnbetreuungen mit einer Betreuungsperspektive bis zu drei Jahren** (ABW/SNW) waren 2014 **sieben Abschlüsse** zu verzeichnen. Hinzu kam eine Vermittlung in die ambulante Wohnbetreuung einer anderen Einrichtung im Zuge des Bezuges einer SNW-Wohnung in einem anderen Bezirk. Von den sieben Abschlüssen erfolgten in deutlichem Unterschied zu den vergangenen Jahren nur drei in ein reguläres Mietverhältnis, ein weiterer in eine stationäre Wohnbetreuung und weitere drei waren Abbrüche mit unbekanntem Verbleib. Abgesehen von den Abbrüchen blieb die **Gesamtbetreuungsdauer weiterhin** hoch, was im Wesentlichen auf den **angespannten Wohnungsmarkt** zurückzuführen ist.

Weiter gestiegen sind sowohl die Anzahl der KlientInnen, als auch die der Betreuungstage bei den **Intensivbetreuungen (erhöhte Betreuungsintensität)**. Dies ist vor allem auf den schon im letzten Jahresbericht beschriebenen Umstand zurückzuführen, dass wir vermehrt versuchen, auch **KlientInnen mit einem sehr hohen und voraussichtlich sehr lange andauernden Betreuungsbedarf** ambulant betreut in Wohnungen unterzubringen. Wie auch aus diversen Housing-First-Modellen berichtet wird, konnte in solchen Fälle die Betreuungsintensität im Laufe der Zeit reduziert werden. Allerdings betrug der dafür erforderliche Zeitraum nicht drei Monate, wie häufig behauptet und berichtet, sondern eher drei Jahre.

AMBULANTE BERATUNG (MINDESTSICHERUNG)

Zuwachs in der Beratungsstelle ungebrochen – leicht zurückgegangene KlientInnenzahlen in der Grundversorgung/Notschlafstelle bei leicht steigendem Beratungsaufwand

Betrachtet man nur die Gesamtzahl der von *dowas* im Rahmen der Mindestsicherung (BMS) beratenen KlientInnen¹, könnte man im Vergleich zu den Zuwachsraten der vergangenen Jahre fast von einer Entspannung auf hohem Niveau sprechen. Insgesamt waren es 2014 nur 2,5 Prozent mehr KlientInnen als im Vorjahr (2014: 814, 2013: 794). Zwar stieg die Zahl der geleisteten Beratungsstunden sehr viel deutlicher (um 7,2 Prozent), aber auch das ist eine geringere Steigerungsrate als in den Vorjahren.

Im Detail besteht aber kein Anlass zur Beruhigung, da sich die Veränderungen in den einzelnen Arbeitsbereichen sehr unterschiedlich darstellen: Während sich in der **Beratungsstelle** die Entwicklung der letzten Jahre fortsetzte (mehr KlientInnen und Beratungsleistungen), ging in den Bereichen, in denen die Beratungen an fixe Betten- oder Platzzahlen gebunden sind (**Grundversorgung/Notschlafstelle** und **Betreute Wohnformen**), die Zahl der beratenen KlientInnen gegenüber dem Vorjahr mehr oder weniger stark zurück (Grundversorgung: minus 2,7 Prozent, Betreute Wohnformen: minus 7,3 Prozent). Die geleisteten Beratungsstunden legten aber auch hier weiter zu – wenn auch nur leicht. Dies ist weniger ein Indiz für gesunkenen Bedarf als vielmehr eines für voll ausgeschöpfte Kapazitäten.

Beratungsstelle

Hier ist der Zulauf mit jeweils rund **11 Prozent mehr KlientInnen** und **Beratungsstunden** ungebrochen und hat sich in der zweiten Jahreshälfte sogar noch zugespitzt. Dies ist nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, in erster Linie auf mehr anerkannte **Konventionsflüchtlinge** zurückzuführen. Deren Zahl hat sich zwar gegenüber dem Vorjahr von **57 auf 77 erhöht**, was einer Steigerung ihres Anteils an allen KlientInnen der Beratungsstelle von 11,9 Prozent auf 14,5 Prozent entspricht. Die Welle syrischer Flüchtlinge erreichte unsere Beratungsstelle allerdings erst im vierten Quartal 2014 und trug auch erst dann ihren Teil zu den hohen Zahlen gegen Ende des Jahres bei. Diese neuerliche Flüchtlingswelle führte auch zu Veränderungen hinsichtlich der Herkunftsländer der von uns betreuten Konventionsflüchtlinge: Waren es in den zurückliegenden Jahren nahezu ausschließlich russische StaatsbürgerInnen bzw. **TschetschenInnen**, so ging deren Anteil an den anerkannten Flüchtlingen



¹ Wir weisen darauf hin, dass es sich bei diesen und auch den im Folgenden genannten Zahlen um diejenigen KlientInnen handelt, die persönlich unsere Einrichtungen aufsuchten. Darin nicht enthalten sind mögliche weitere Mitbetroffene, die in den Haushalten dieser Ratsuchenden leben (Kinder, PartnerInnen).

in 2014 auf knapp 60 Prozent zurück, während schon knapp 20 Prozent aus **Syrien** stammten (gefolgt von jeweils 6,5 Prozent aus **Somalia** und **Afghanistan**). Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung im Jahr 2015 verstärkt fortsetzt und uns besonders in Hinblick auf die vorhandenen Kapazitäten vor große Herausforderungen stellen wird.

Dennoch sind die **anhaltenden Steigerungsraten** sowohl bei den KlientInnen, als auch bei den Leistungen in unserer Beratungsstelle vorrangig **hausgemacht**. Zwar steht bei einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe naturgemäß die Unterstützung bei der Wohnungssuche im Mittelpunkt der Beratungsarbeit, allerdings in der Regel im Zusammenhang mit bzw. ergänzt um weitere Hilfen bei der allgemeinen Existenzsicherung. Seit gut zwei Jahren hat aber die (vergebliche) **Suche nach einer leistbaren Wohnung thematisch eine Dominanz in unseren Beratungskontakten** erlangt, die wir davor über lange Jahre hinweg in diesem Ausmaß nicht kannten. Wir schätzen, dass ca. ein Drittel aller KlientInnen in der Beratungsstelle keinerlei sozialarbeiterische Unterstützung bräuchte, wenn sie denn eine Wohnung fänden. Mittlerweile wird **unsere Klientel**, überwiegend MindestsicherungsbezieherInnen, **aber immer häufiger von den Angeboten auf dem freien Wohnungsmarkt explizit ausgeschlossen**. In einschlägigen Immobilieninseraten finden sich zunehmend Bemerkungen wie „nur für EU-BürgerInnen“ oder „keine Behördengarantie erwünscht“, die Höhe der Mieten liegt immer häufiger auffällig knapp über dem, was die Bezirkshauptmannschaft im Rahmen der Mindestsicherung gerade noch übernehmen würde. Und im **gemeinnützigen Wohnbau** sind zumindest im Raum Bregenz die **Wartelisten** weiterhin so **lang**, dass derzeit nur bei absoluter Notlage an eine Wohnung in absehbarer Zeit zu denken ist. Diese (auch kostenträchtige) Situation ist das Ergebnis der Sünden der Vergangenheit, als man viel zu spät realisierte, dass ein energischer Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus unumgänglich ist.

Grundversorgung/Notschlafstelle und Betreute Wohnformen

In der niederschweligen **Grundversorgung** mit der **Notschlafstelle** hat sich die Situation hinsichtlich der Beratungen in etwa **auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre eingependelt**: Im Vergleich mit 2013 etwas weniger KlientInnen (minus 12), dafür etwas mehr Beratungsleistungen (plus 24 Std.).

Wie eingangs erwähnt, hängt die Zahl der Beratungen in der Grundversorgung im Wesentlichen von der Anzahl der BesucherInnen in der Notschlafstelle ab – und die ist auf Grund der begrenzten Bettenzahl kaum noch zu steigern. Insofern sei hier im Hinblick auf die in der Grundversorgung erbrachten Beratungsleistungen auf die Ausführungen zu den Nächtingungen in der Notschlafstelle verwiesen (s. Kapitel Grundversorgung).

Auch in den **Betreuten Wohnformen** waren 2014 lediglich Veränderungen in der üblichen Schwankungsbreite zu verzeichnen, was mit dem sehr veränderlichen Nachbetreuungsbedarf für ambulante Wohnbetreuungen bzw. die Wohngemeinschaft zusammenhängt.

Wohnraumsicherung und Delogierungsprävention

Wohnraumsicherung und **Delogierungsprävention** werden bei *dowas* in erster Linie von der Beratungsstelle betrieben. Drohender Wohnraumverlust bzw. Wohnraumsicherung war im Jahr 2014 bei **126 KlientInnen** ein **Betreuungsthema**.

Statistik Ambulante Beratung (Mindestsicherung)

	KlientInnen			Beratungsstd.			Std./KlientIn		
	2014	2013	2012	2014	2013	2012	2014	2013	2012
Beratungen <i>dowas</i> insgesamt*	814	794	714	5.491,0	5.123,5	4.506,0	6,7	6,5	6,3
davon für männliche Klienten	563	541	496	3.579,5	3.643,5	3.138,5	6,4	6,7	6,3
davon für weibliche Klientinnen	251	253	218	1.911,5	1.480,0	1.367,5	7,6	5,8	6,3
Beratungen nach Arbeitsbereichen									
Beratungsstelle	532	480	441	3.242,0	2.916,0	2.420,0	6,1	6,1	5,5
Grundversorgung/Notschlafstelle (NOST)	430	447	427	1.822,0	1.798,0	1.691,0	4,2	4,0	4,0
Betreute Wohnformen	51	55	50	427,0	409,5	395,0	8,4	7,4	7,9

* ohne Beratungen für *integra*

GRUNDVERSORGUNG

Notschlafstelle

Geringfügig weniger BesucherInnen, dafür deutlich mehr Nächtigungen und Rekordauslastung

Die Zahl der **BesucherInnen in der Notschlafstelle** lag 2014 bereits **im vierten Jahr konstant über 200**. 213 BesucherInnen waren zwar 9 weniger als 2013 und exakt das Ergebnis des Jahres 2011.

Der BesucherInnenrückgang in 2014 korrespondiert aber mit einer **bemerkenswerten Steigerung der Nächtigungen** um rund 16 Prozent zum Vorjahr (2013: 2.525, 2014: 2.926). In Summe nähern wir uns damit bei einer durchschnittlichen Auslastung von **8 BesucherInnen pro Nacht** einer Vollauslastung (9 Plätze) – viel mehr geht realistischer Weise kaum noch. Dies liegt letztlich vor allem daran, dass die **Aufenthaltsdauer** wieder **deutlich gewachsen** ist: 2014 waren es 13,7 Nächte pro BesucherIn, 2013 nur 11,4. Auffällig ist auch die steigende Zahl von **Menschen mit (sozial-) psychiatrischen Auffälligkeiten** und geringer Behandlungsbereitschaft, die oft lange und wiederholt in der Notschlafstelle übernachten, weil sie nirgends adäquat unterzubringen sind.

Für diese Entwicklung ist mitnichten, wie gerne vermutet wird, die Armutsmigration verantwortlich: In den größten **nicht-österreichischen Nationalitätengruppen** (Rumänien, Deutschland, Türkei, Polen) war 2014 die Zahl der **BesucherInnen** (und der Nächtigungen) durchgängig **rückläufig**, am stärksten bei den rumänischen StaatsbürgerInnen (von 34 in 2013 auf 21 in 2014). Eine Ausnahme waren lediglich die 11 SomalierInnen (2013: 1), in ihrer Mehrzahl anerkannte Konventionsflüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte. Diese Ausnahme dürfte mit den (im Kapitel „ambulante Beratung“ bereits beschriebenen) verbreiteten Ressentiments gegenüber „Nicht-EU-BürgerInnen“ zu tun haben, wodurch es nahezu unmöglich wird, solche Menschen auf einem ohnehin mehr als engen Wohnungsmarkt adäquat unterzubringen.

De facto sind es in erster Linie **österreichische StaatsbürgerInnen**, deren Zahl in der Notschlafstelle (wieder) wächst und die **für das beträchtliche Plus bei den Nächtigungen verantwortlich** zeichnen. 2013 war ihr Anteil an der Gesamtheit aller BesucherInnen auf nur noch knapp 39 Prozent (86 BesucherInnen) gefallen, 2014 waren es dann wieder 45 Prozent (96 BesucherInnen). Die nahmen dann aber knapp 64 Prozent (1.867 Nächtigungen) aller Übernachtungen in Anspruch, was einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 412 Nächtigungen entspricht. So waren denn auch 11 der 17 BesucherInnen (65 Prozent), die im Jahresverlauf mehr als 50 Nächte in der Notschlafstelle verbrachten, ÖsterreicherInnen.

Dieses **Nächtigungsplus bei den österreichischen StaatsbürgerInnen** ist mehr als alles andere ein **aussagekräftiger Indikator** dafür, **wie angespannt die Wohnungssituation in Vorarlberg** tatsächlich ist.

Statistik Notschlafstelle

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Nächten	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Übernachtungen insgesamt	213	222	2.926	2.525	13,7	11,4
davon männliche Klienten	188	184	2.662	2.279	14,2	12,4
davon weibliche Klientinnen	25	38	264	246	10,6	6,5
Durchschnittsalter in Jahren	37,2	38,2				

Nächtigungsdauer	KlientInnen		%	
	2014	2013	2014	2013
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	112	138	52,6%	62,2%
5 bis 28 Nächte	72	64	33,8%	28,8%
29 bis 50 Nächte	12	7	5,6%	3,2%
mehr als 50 Nächte	17	13	8,0%	5,9%



Treffpunkt
Nach Rekordbesuch im Vorjahr deutlicher Rückgang der BesucherInnenzahlen –
mehr psychiatrisch auffällige Klientel

Nach dem Rekordhoch vom Vorjahr ist die Zahl der Besuche im Treffpunkt 2014 recht deutlich zurückgegangen und lag in etwa wieder auf dem Stand des Jahres 2011: Im Durchschnitt waren es 2014 38,1 BesucherInnen pro Tag (2013: 46,4). Grundsätzlich sind solche Schwankungen im Treffpunkt nichts Außergewöhnliches, weshalb Erklärungen dafür schwierig sind. Gleichwohl fällt der **Rückgang** zu 2013 schon recht **deutlich** aus.

Zu beobachten ist jedenfalls in den letzten Jahren ein **leichter Rückgang des früher typischen Treffpunktublikums**, dessen Lebenssituation sich nicht grundlegend verändert und das kaum einen Zugang zu anderen Kommunikationsorten, vor allem kommerziellen, hat. Um diesen Kern von BesucherInnen herum sind jedoch die Fluktuation und damit auch die periodischen Schwankungen bei der BesucherInnenzahl sehr viel größer geworden. Wie in der Notschlafstelle ist auch im Treffpunkt die **Zunahme einer (sozial-) psychiatrischen Klientel** mit **geringer Behandlungsbereitschaft** und **wenig Konstanz** in den Kontakten auffällig. Auch **ArmutsmigrantInnen** haben im Rahmen der (räumlich beschränkten) Möglichkeiten Zugang zum Treffpunkt, während sie von der Inanspruchnahme der Notschlafstelle auf Grund mindestsicherungsrechtlicher Regelungen weitgehend ausgeschlossen sind. Sie sollen wenigstens die Möglichkeit haben, sich zu waschen, die Toiletten zu benutzen, Kaffee zu trinken, eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen und sich im Winter aufzuwärmen. Auch diese Gruppe unterliegt starken Schwankungen.

Statistik Treffpunkt	Anzahl		durchschnittliche Besuche pro Tag	
	2014	2013	2014	2013
Besuche an Werktagen insgesamt	9.412	11.315	38,1	46,4
davon Besuche männlicher Klienten	8.259	9.854	33,4	40,4
davon Besuche weiblicher Klientinnen	1.153	1.461	4,7	6,0
Essensausgabe	2.559	2.546	10,4	10,4

BETRIEBLICHE SOZIALARBEIT FÜR INTEGRA

Mehr KlientInnen im Erwachsenenbereich, weniger im Jugendbeschäftigungsprojekt – in beiden Bereichen KlientInnen mit hohen Betreuungsanforderungen

Eine **erhebliche Zunahme** bei den von *dowas* im **Erwachsenenbereich** beratenen TransitmitarbeiterInnen (plus 20,5 Prozent) und auch bei den Beratungsstunden (plus knapp 38 Prozent) waren 2014 die hervorstechendsten Merkmale unserer betrieblichen Sozialarbeit im Auftrag von *integra*. Allerdings hatte dies weniger mit den KlientInnen direkt zu tun, sondern hatte eher organisatorische Gründe.

Die länger als gedacht andauernden Auswirkungen eines Personalwechsels in der Personalentwicklung (Case Management) von *integra* hatten dort zu einer Überlastung geführt. Die SozialarbeiterInnen von *dowas* sind da eingesprungen und haben zusätzliche Aufgaben vorübergehend übernommen. Dies war nicht ganz einfach, da die betriebliche Sozialarbeit von der Beratungsstelle wahrgenommen wird und es dort auch bei den Beratungen im Bereich der Mindestsicherung deutliche Steigerungen gab (s. Berichtsteil „Ambulante Beratung Mindestsicherung“). Insofern war es für die MitarbeiterInnen der Beratungsstelle im gesamten Jahr sehr eng.

Hinsichtlich der beratenen KlientInnen wurden 2014 wieder **mehr Frauen** als Männer beraten, was aber im Wesentlichen auf die wechselnden Zuweisungsschwerpunkte des AMS zurückzuführen sein dürfte. Die bereits im Jahresbericht des vorangegangenen Jahres gemachte Feststellung, dass wir es überwiegend mit KlientInnen zu tun hatten, die **komplexere Problemlagen** aufwiesen und entsprechend **schwer zu vermitteln** waren, galt auch für das Jahr 2014.

Im **Jugendbeschäftigungsprojekt WerkStadt** ist die Gesamtzahl der betreuten Jugendlichen zwar gesunken, allerdings scheint der **Anteil von Jugendlichen zuzunehmen**, die einen **höheren Betreuungsaufwand** erfordern. Dies mag damit zusammenhängen, dass es mittlerweile eine ganze Reihe von Fördermaßnahmen für Jugendliche mit differenzierten Anforderungsprofilen im Lande gibt (auch bei *integra* selbst, s. Berichtsteil zu *integra*). Deshalb kommen in die sehr niederschwellige *WerkStadt* wohl nur noch solche Jugendliche, denen die **Integration in Berufsausbildung bzw. Erwerbsleben besonders schwer fällt**.

Statistik Betriebliche Sozialarbeit (*integra*)

	KlientInnen		Beratungsstd.		Std./KlientIn	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Beratungen im GBP	182	151	2060,5	1.496,5	11,3	9,9
davon für männliche Klienten	85	76	1092,5	834,0	12,9	11,0
davon für weibliche Klientinnen	97	75	968,0	662,5	10,0	8,8
Beratungen im Jugendprojekt	40	58	1.260,0	1.263,0	31,5	21,8
davon für männliche Klienten	26	42	722,5	965,0	27,8	23,0
davon für weibliche Klientinnen	14	16	537,5	298,0	38,4	18,6

16

INTEGRA

Synergien werden genutzt: Ein Jahr nach der Fusion zur integra Vorarlberg sind die Vorteile schon deutlich spürbar – 2014 drei neue Programme

Zwei Jahre zuvor war in dem breit angelegten Beteiligungsprozess allen Entscheidungsträgern rasch klar, worin die Vorteile und der Nutzen der Fusion der bisherigen integra – Regio Bodensee und der Werkzeit liegen. Im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen sollten die Kräfte und Kompetenzen gebündelt werden, um Impulse zu setzen und neue Strukturen zu schaffen. In den beiden Fachbereichen Arbeit und Bildung stehen nun an 19 Standorten in ganz Vorarlberg über 500 Arbeits- und Bildungsplätze zur Verfügung.

Drei neue Programme

Die Vorteile und Synergien der Verschmelzung brachten eine breitere Infrastruktur und ein versiertes Know-How. Dadurch wurde es möglich, die neuen Projekte rasch und erfolgreich zu etablieren.

Produktionsschule integra Vorarlberg (ehemals Ausbildungs-Fit)

Anfang 2014 startete integra ein neues Jugendbildungsprojekt. „**Ausbildungs-Fit**“ soll Jugendliche und Eltern beim Übergang von der Schule zum Beruf unterstützen. Erreicht werden sollen vor allem **Jugendliche**, die vor Antritt einer Berufsausbildung einen **Kompetenz-Entwicklungsbedarf** aufweisen.

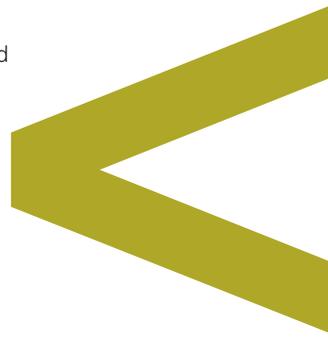
Im Fokus von „Ausbildungs-Fit“ steht die individuelle Ausbildungsreife. Das Programm ermöglicht allen Teilnehmenden einen niederschweligen Zugang und lässt sich individuell in der Dauer und Intensität bis zur Arbeitsfähigkeit steigern.

Zur Erprobung stehen die 10 Bereiche Holz, Metall, Textil, Verpackung, Haushalt, Garten, Carwash, Handel, Landwirtschaft und Gastronomie zur Verfügung. Dabei wird praktisches Tun mit geistigem Lernen kombiniert und durch soziales Lernen in der Gruppe, Sport sowie ein individualisiertes Coaching ergänzt.

2015 wird „Ausbildungs-Fit“ zur „Produktionsschule integra Vorarlberg“ umbenannt. Aktuell sind 24 Jugendliche auf Entdeckungsreise durch die Vielfalt der Arbeitswelt.

Beschäftigungsinitiative 50plus

Zielgruppe sind Frauen und Männer der Generation 50plus, welche seit mindestens 6 Monaten beim AMS Vorarlberg vorgemerkt sind. Projektziel ist die **Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen der Generation 50plus**. Durch die Bereitstellung von befristeten Arbeitsplätzen (**max. 12 Monate**) wird die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt gefördert. Während der Beschäftigung bei integra werden die Arbeitskräfte bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt unterstützt und können an Qualifizierungsangeboten teilnehmen. Darüber hinaus wird **Sozialbetreuung** angeboten. Seit 01.08.2014 konnte integra schon 20 Plätze füllen.



Schaffa im Ländle

In Vorarlberg gibt es ca. 14.000 **Menschen zwischen 15 und 39** die nur einen **Pflichtschulabschluss** haben. Davon wiederum hat die Hälfte einen **Migrationshintergrund** und beinahe jeder Vierte ist derzeit von Arbeitslosigkeit betroffen.

Seit 01.03.2014 gibt es bei integra das Programm „Schaffa im Ländle“, um dem entgegen zu wirken. Die Stiftung wurde für junge Menschen ohne Ausbildung und ohne weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung im Alter zwischen 19 und 30 Jahre gegründet.

Sie bekommen die Chance eine Lehre zu machen. Das kann bei Vorarlberger Betrieben in den Bereichen Verkauf, Tourismus, Handwerk und Technik sein.

Das Ziel ist somit die Absolvierung der Lehre mit anschließender Übernahme in ein Dienstverhältnis. Seit der Gründung liegt die Zahl der Eintritte in eine Lehre bei 64 jungen Erwachsenen.

Inhaltliche Schwerpunkte der integra Vorarlberg

Integra hat zum Ziel, die gesellschaftlichen Armutstendenzen wirksam zu bekämpfen und die Lebenslage der Betroffenen zu verbessern. Einerseits werden Menschen über **Aktivierung, Arbeitstraining, Sozialbetreuung, Vermittlungsunterstützung** und **Qualifizierung** in Arbeit und Lohn gebracht, andererseits werden für Menschen ohne Jobchance **alternative Strukturen** geschaffen. Besondere Zielgruppenschwerpunkte dabei sind so genannte **„Niedrigqualifizierte“** bzw. **„BildungsabbrecherInnen“**, **Jugendliche am Übergang Schule zu Beruf**, Menschen mit **Migrationshintergrund**, **Ältere** und **Frauen**.

Ziel	Programme, Maßnahmen	Ausmaß
Verhinderung der Verfestigung der Arbeitslosigkeit/ Langzeitarbeitslosigkeit	Berufsfindung, gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt, Profil	26%
Dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen ohne Jobchance als Alternative/Schaffung neuer Strukturen	Perspektive 24, Jobs mit Perspektive	13%
Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit/Übergang Schule-Beruf	WerkStadt, Produktionsschulen	29%
Nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt/Beitrag zur Milderung des Fachkräftemangels über Qualifizierung	Lehrlinge/Azubis, überbetriebliche Lehrausbildung (ÜAZ), Schaffa im Ländle, Metallqualifizierung	32%



Rückfragen direkt bei
den Geschäftsführern Stefan Koch oder Robert Baljak:
0664/ 420 67 95 od. stefan.koch@integra.or.at
0664/ 233 44 61 od. robert.baljak@integra.or.at



SIE MÖCHTEN UNS UNTERSTÜTZEN?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

• Geldspenden

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa vier Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 4.500 Euro.

Unsere Bankverbindung: Sparkasse Bregenz, IBAN AT 35 20 601 000 000 18 036

• Sachspenden

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

• Zeitspenden

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für *dowas*. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeit-Aktivitäten unserer KlientInnen.

SIE HABEN UNS UNTERSTÜTZT UND GEFÖRDERT

Dafür und für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2014 bedanken wir uns bei

Land Vorarlberg



Bezirkshauptmannschaft Bregenz



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz

